

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chelredaktion:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Hans-Jochen Vogel
MdB, Vorsitzender der
Sozialdemokratischen
Fraktion im Deutschen
Bundestag, würdigt Leben
und Arbeit von Oswald von
Neill-Breuning, der am
8. März 95 Jahre alt wird:
Ein Lehrer des Volkes.

Seite 1

Harald B. Schäfer MdB, Ob-
mann der SPD-Fraktion im
Innenausschuß des Deut-
schen Bundestages, ver-
spricht der Bundesregie-
rung Unterstützung bei
den Katalysator-Verhand-
lungen: Im Alleingang.

Seite 3

Heidemarie Wiczorek-Zeul
MdB, Mitglied des SPD-
Parteivorstandes, fordert
Arbeitsminister Blüm auf,
sich auf EG-Ebene für die
Frauenrechte zu engagie-
ren: Nachholbedarf bei
der Gleichstellung.

Seite 4

Dr. Dietrich Sperling MdB,
Mitglied des Bundestags-
ausschusses für Raumord-
nung, Bauwesen und Städte-
bau, wirft Bauminister
Schneider Versagen vor:
Angesichts der Krise -
tatenlos. Seite 6

40. Jahrgang / 45

6. März 1985

Ein Lehrer des Volkes

Oswald von Neill-Breuning zum 95. Geburtstag

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im
Deutschen Bundestag

Am 8. März 1985 wird der Nestor der katholischen Sozial-
lehre, Professor Dr. Oswald von Neill-Breuning S.J.
95 Jahre alt. Die Sozialdemokratische Partei Deutsch-
lands bekundet an diesem Tage einem Manne Respekt, Aner-
kennung und Dank, der sich durch sein unermüdliches
Engagement für die Interpretation, die Weiterentwicklung
und die Anwendung der katholischen Soziallehre ein histo-
risches Verdienst erworben hat.

Wie wenig andere hat der Jubilar auf die soziale wie die
gesellschaftliche und damit auf die im höheren Sinn poli-
tische Entwicklung unseres Volkes und unseres Gemeinwe-
sens Einfluß genommen. Es ist nicht zuletzt sein Werk,
daß sich die Arbeitnehmer in unserem Lande nicht mehr als
Außenseiter fühlen, sondern es für sinnvoll halten, in
dieser Gesellschaft und nicht gegen sie ihre Rechte zu
verteidigen und für eine bessere Ordnung zu kämpfen.

Von der katholischen Soziallehre ausgehend hat von Neill-
Breuning den Gedanken der Mitbestimmung mit Entschieden-
heit verfochten, die Beteiligung der Arbeitnehmer am
Produktivvermögen gefordert, die Dynamisierung der Renten
betrieben und die Reform des Bodenrechts immer aufs Neue
thematisiert. Er hat beharrlich und stetig Gräben einge-
ebnet, zumindest aber abgeflacht, die noch in seiner
eigenen Jugend für kaum überbrückbar galten, den zwischen
Kirche und Arbeitnehmerschaft beispielsweise, aber auch
den zu den Gewerkschaften oder den zwischen der Kirche
und der deutschen Sozialdemokratie.



All dies hat der Jubilar als Einzelner allein mit der Kraft seines Wortes, mit weit über tausend Publikationen und unzähligen Vorträgen, Gesprächen und Beratungsbeiträgen bewirkt. Von diesen waren die zur Päpstlichen Enzyklika "Quadragesimo anno" im Jahre 1931 und zum Dokument der Würzburger Gemeinsamen Synode der Bischöfe in der Bundesrepublik Deutschland "Kirche und Arbeiterschaft" im Jahre 1974 wohl die bedeutsamsten.

In seinem Wirken war von Neill-Breuning nie der Repräsentant einer Organisation, die machtvoll hinter ihm gestanden hätte, hat sich auch nie im weltlichen Sinne vereinnahmen lassen. Keine der vielfältigen Schablonen hat für ihn gepaßt. Vielleicht war er gerade deshalb stets glaubwürdig und in all seiner Kargheit und Strenge liebenswert. Vielleicht haben sich ihm gerade deswegen so viele Menschen geöffnet, haben so viele auf ihn gehört, ihm vertraut, ja sich ihm anvertraut. Und mit vollem Recht ist er schon zu seinem 75. Geburtstag ein "Praeceptor populi" - ein Lehrer unseres Volkes genannt worden.

Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verdankt dem Jubilar viel. Er hat die Partei auf dem Weg zum Godesberger Programm begleitet, ermutigt und vorangebracht. Später leistete er wichtige Beiträge in der Grundwertekommission. Mehrere Jahre war er auch Mitherausgeber der Neuen Gesellschaft. Ein Kreis von namhaften Sozialdemokraten fühlt sich ihm auch in persönlicher Freundschaft verbunden.

Oswald von Neill-Breuning wird auch die Jahre, die ihm jetzt noch gegönnt sind, nutzen. Was immer er uns noch zu sagen hat: Die deutschen Sozialdemokraten werden es mit Aufmerksamkeit hören und bedenken!
(-/6.3.1985/rs/ks)

+ + +



Unterstützung für den Alleingang

Die SPD wünscht der Regierung, daß sie sich bei den Katalysatorverhandlungen durchsetzt

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Wir Sozialdemokraten halten gemeinsam mit dem europäischen Parlament an unserer Position fest: Die obligatorische Einführung des schadstoffarmen Autos mit US-Schadstoffgrenzwerten ab 1986 wäre die sachgerechteste Lösung gewesen. Sie ist unter Berufung auf den Gesundheitsvorbehalt des EWG-Vertrags im nationalen Alleingang möglich; sie ist umweltpolitisch am wirksamsten; sie ist technisch möglich und hätte schließlich Autohersteller und Autoverkäufer die notwendige Klarheit für ihre Entscheidungen gebracht.

Zur Erinnerung: Die Bundesregierung hatte sich dieses Konzept nach zunächst erbitternden Widerstand - Bundesinnenminister Zimmermann sprach im Mai 1983 vor dem Deutschen Bundestag in diesem Zusammenhang von "Weltfremdheit" - im Juli 1983 zu eigen gemacht. Der Bundestag hat in einem einmütigen Beschluß vom Februar 1984 eben diese Forderung aufgestellt. Am 19. September 1984 korrigierte dann das Kabinett seine eigene Entscheidung: Danach ist die obligatorische Einführung des schadstoffarmen Autos ab 1. Januar 1988 für Wagen über zwei Liter Hubraum beziehungsweise ab 1. Januar 1989 für alle üblichen Autos vorgesehen. Bis zur obligatorischen Phase soll die freiwillige Einführung mit steuerlichen Anreizen für alle PKWs mit Katalysatoren beschleunigt werden.

Kurz vor dem EG-Umweltministerrat droht die Bundesregierung mit einem nationalen Alleingang, um ihr Konzept zur Einführung des schadstoffarmen Autos in der Bundesrepublik durchzusetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Bundesregierung in dieser Absicht. An den ohnehin halbherzigen Beschlüssen der Bundesregierung darf es im Interesse der Gesundheit, der Umwelt und der Automobilindustrie keine weiteren Abstriche geben.

Die Verhandlungsposition der Bundesregierung wäre sicherlich stärker, wenn sie es bisher nicht unterlassen hätte, auf den Gesundheitsvorbehalt des EWG-Vertrags zur Begründung für den nationalen Alleingang zu verweisen und sich nicht hartnäckig geweigert hätte, den Forderungen der EG-Partner nach Einführung einer Geschwindigkeitsbegrenzung nachzukommen. Solange die Bundesrepublik weltweit eine Insel der Raser bleibt, verlieren ihre Forderungen nach Einführung des schadstoffarmen Autos in europäischen Verhandlungen und darüber hinaus an Gewicht.

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist die Frage des nationalen Alleingangs von substanzieller Bedeutung. Sie darf also nicht als bloßes verhandlungstaktisches Mittel politisch benutzt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wünscht der Bundesregierung, daß sie sich bei den bevorstehenden Verhandlungen voll durchsetzt.

(-/6.3.1985/rs/ks)

+ + +



Nachholbedarf bei der Gleichstellung

Blüm kann jetzt gegenüber seinen europäischen Amtskollegen zeigen, ob er mehr als nur goldene Worte für die Frauen hat

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdEP
Mitglied des SPD-Partei Vorstandes

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat am Donnerstag Gelegenheit zu beweisen, daß er für Frauen im Erwerbsleben nicht nur goldene Worte hat. Aus Anlaß des Internationalen Frauentages treffen sich in Rom zu einem Sondergipfel die Arbeitsminister der EG. Leider ist es nur ein informelles Treffen. Der Sache wäre besser gedient, wenn ein Vorschlag des Europäischen Parlaments aufgegriffen würde und solche Begegnungen regelmäßig zum Internationalen Frauentag stattfänden, um den aktuellen Stand der Entwicklung zur Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Erwerbsleben und die Umsetzung der entsprechenden EG-Richtlinien zu untersuchen. Von solchen regelmäßigen Begegnungen erwarte ich wichtige Impulse für die öffentlichen und privaten Arbeitgeber, damit die Diskriminierung von Männern und Frauen endlich beendet wird. Norbert Blüm ist aufgefordert, wenigstens diesen jährlichen "Jour-fixe" der für Frauenfragen zuständigen EG-Minister (innen) durchzusetzen.

Es gibt in der Tat immer noch genug zu tun. Das Europäische Parlament hat auf Initiative von weiblichen Abgeordneten der meisten Fraktionen in seiner jüngsten Sitzung einen Forderungskatalog an die in Rom tagenden Minister adressiert. Mit den Stimmen zahlreicher männlicher Kollegen wurden folgende Forderungen entwickelt.

Die bereits bestehenden EG-Richtlinien, insbesondere die zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Bereich der sozialen Sicherheit müssen verwirklicht werden. Vor allem soll der EG-Ministerrat, unverzüglich folgende Richtlinienvorschläge verabschieden:

- Beseitigung der Diskriminierung bei Teilzeitarbeit und Zeitarbeit,
- zum Elternurlaub und Urlaub aus familiären Gründen,
- zur Lohngleichheit von Männern und Frauen in selbständigen Berufen,
- zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei den betrieblichen Systemen der sozialen Sicherheit.



Außerdem werden vom Rat der Frauen - Minister in Rom konkrete Vorschläge für ein neues Aktionsprogramm und die Realisierung des ursprünglichen Aktionsprogramms 1980 bis 1985 und der kürzlich verabschiedeten Vorschläge für Frauenförderpläne sowie die Vorbereitung der Durchführungsgesetze dafür erwartet. Vorschläge auf den Gebieten der Besteuerung und Berufsausbildung von Frauen stehen gleichfalls aus.

Das Europäische Parlament erwartet hierüber unverzüglich einen Bericht des Ministerrats und verlangt auch von den Mitgliedstaaten, konkrete Initiativen zur Verwirklichung des Aktionsprogramms. Schließlich fordern die Europa-Abgeordneten die Minister auf, der Mädchenarbeitslosigkeit mit gezielten Initiativen zu begegnen und dazu beizutragen, daß die traditionellen Berufsorientierungen überwunden werden, und angesichts der technologischen Veränderungen sicherzustellen, daß Mädchen und junge Frauen in der Ausbildung die gleichen Chancen wie junge Männer haben und Frauen den gleichen Zugang zu allen Berufen und die gleichen Aufstiegschancen erhalten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat einen besonderen Nachholbedarf bei der Gleichstellung von Männern und Frauen im Erwerbsleben. Erst im vergangenen Jahr ist sie vom Europäischen Gerichtshof verurteilt worden, weil ihre gesetzlichen Vorschriften über die Chancengleichheit bei Bewerbungen den Normen des EG-Rechts nicht genügen. Wir warten immer noch auf eine Novellierung des EG-Anpassungsgesetzes durch den deutschen Gesetzgeber. Es wäre gut, wenn Norbert Blüm sich nicht auf Ankündigungen beschränkte, sondern endlich für Fakten sorgte, die den Frauen wirklich helfen.

(-/6.3.1985/rs/ks)

+ + +



Das Versagen des Bauministers

Schneider sieht tatenlos zu, wie Firmen zusammenbrechen und die Arbeitslosenzahl steigt

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Bauminister Schneider hat bei seiner Amtsübernahme nach der Wende die einmalige Chance gehabt, wohnungspolitisch dauerhaft Sinnvolles zu tun und gleichzeitig die Bauwirtschaft zu stützen. Der Finanzminister war zu Schneider so großzügig wie zuvor kaum jemals ein Finanzminister zum Wohnungsbauminister.

Doch der Geldhahn ist wieder zu und Schneider hat seine Chance vertan: Er hat Milliarden in einem Strohfeuer verpufft, hat über einen progressiv wirkenden Schuldzinsenabzug die Mitnehmereffekte derer, die Begünstigung und Förderung nicht brauchen, vervielfacht und die Förderung des Baues sozialer Mietwohnungen durch den Bund nach einem hoffnungsweckenden Sonderprogramm einfach für beendet erklärt.

Das alles ficht den Minister nicht an.

Vor gut zwei Jahren hat er zur Lage der Bauwirtschaft und der Arbeitslosigkeit am Bau erklärt: "Bereits heute sind es 120.000. Und hinter 120.000 arbeitslosen Bauarbeitern stehen 120.000 Familien. Dies ist ein unerträglicher Zustand." (21. Oktober 1982)

Als sich die Situation trotz seiner Sonderprogramme dennoch verschlechtert hat, hat der Minister einige Monate später beschwörend versprochen:

"Angesichts von rund 180.000 arbeitslosen Bauarbeitern und mehr als 2.500 baugewerblichen Firmenzusammenbrüchen sind wir gefordert, unmittelbar wirksame Hilfestellungen zur Lösung der dringenden bauwirtschaftlichen Probleme anzubieten." (29. Januar 1983)

Mittlerweile sind weit über 200.000 Bauarbeiter arbeitslos. Der Bauminister redet weiter von Aufschwung und macht in Optimismus. Seine Versprechungen sind vergessen. Die Bundesregierung verweigert jede wirksame Maßnahme für die Bauwirtschaft.

Wer vertraut noch den Sprüchen eines solchen Bauministers?

(-/6.3.1985/rs/ks)

+ + +

